

Programmatische Erklärung der Senioren-Union

"Wir schärfen unser politisches Profil !"

Wir sehen unsere politische Aufgabe darin:

- 1) für die berechtigten Interessen der Seniorinnen und Senioren überall mit Nachdruck und Entschlossenheit einzutreten;
- 2) die Kenntnisse und Erfahrungen der älteren Generation in alle wichtigen politischen Entscheidungsprozesse einzubringen;
- 3) für die sachpolitischen Entscheidungen der CDU bei den Angehörigen der älteren Generation intensiv zu werben;
- 4) jede Form der offenen oder verdeckten Altersdiskriminierung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen;
- 5) nachdrücklich darauf hinzuwirken, dass zukünftig in allen CDU-Vorständen und in allen CDU-Fraktionen mehr Mitglieder der Senioren Union als bisher vertreten sind und
- 6) durch ein breit gefächertes Angebot von gesellschaftlichen Veranstaltungen auf Kreis- und Ortsverbandsebene der Einsamkeit im Alter entgegenzuwirken.

1. Für die berechtigten Interessen der Seniorinnen und Senioren überall eintreten:

Die seit Sommer vorigen Jahres anhaltende breite Diskussion der Reform der sozialen Sicherungssysteme und die Reaktionen der von den bereits eingeleiteten und noch zu erwartenden Maßnahmen besonders betroffenen Angehörigen der älteren Generation haben jedem deutlich gemacht: Hier liegt zur Zeit unsere vordringliche Aufgabe.

Wir fordern daher mit allem Nachdruck und mit aller Entschlossenheit eine Reparatur der Gesundheitsreform. Wir verlangen außerdem ein sozial gerechtes System der Alterssicherheit und eine Reform der Pflegeversicherung, die es allen pflegebedürftig gewordenen älteren Menschen ermöglicht, ihren Lebensabend in Würde und ohne quälende Geldsorgen zu verbringen.

Wir bitten die CDU/CSU- Bundestagsfraktion dringend, zur Reform der Alterssicherung und zur Reform der Pflegeversicherung eigene Gesetzentwürfe oder wenigstens konkrete Leitlinien vorzulegen und der Senioren Union damit die Möglichkeit zu geben, ihre Einwände oder ergänzenden Vorschläge in einem geordneten Verfahren einzubringen. Wir halten es zur Wahrung des demokratischen Prinzips innerhalb unserer Partei für geboten, die Zusammenarbeit zwischen der Senioren Union und der CDU/CSU- Bundestagsfraktion bei der Reform der Sozialen Sicherungssysteme deutlich zu verbessern. Wir sind nicht damit einverstanden, dass bei den grundlegenden Fragen der Reform unserer sozialen Sicherungssysteme die Entscheidungskompetenz faktisch nur bei einigen wenigen sachkundigen Bundestagsabgeordneten der Fraktion liegt. Wir verlangen zumindest angehört zu werden. Wir betonen an dieser Stelle ausdrücklich, dass wir ein imperatives Mandat selbstverständlich ablehnen. Unsere Forderung nach Einbindung und Anhörung hat damit überhaupt nichts zu tun.

Wir begrüßen es, dass die Bundesvorsitzende der CDU Angela Merkel am Abend der Hamburg-Wahl im Fernsehen angekündigt hat, die Union werde nun im Bund verstärkt klare Konzepte vorlegen, so auf dem Gebiet der Steuer- und Rentenpolitik. Wir hoffen, dass sie diese Ankündigung zeitlich so umsetzt, dass auch nach einer ausreichenden Anhörung der Partei die konkreten Konzepte rechtzeitig zum Landtagswahlkampf in Schleswig-Holstein vorliegen. Wir brauchen für den Landtagswahlkampf auf diesen beiden Politikfeldern ein klares Gegenkonzept zur rot-grünen Landesregierung.

1.1 Gesundheitspolitik

In der Gesundheitspolitik hat der Bundesparteitag unserer Partei im Dezember 2003 einen grundlegenden Systemwechsel beschlossen. Insbesondere auch zur Förderung des Wirtschaftswachstums und zum Abbau der Arbeitslosigkeit soll die Finanzierung des Gesundheitswesens für den Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung vom Faktor Arbeit abgekoppelt und auf ein Gesundheitsprämienmodell umgestellt werden. Dieser Übergang soll so schnell wie möglich nach einem Regierungswechsel in Berlin erfolgen. Dabei soll der bisherige Arbeitgeberanteil zur Krankenversicherung bei 6,5 % gedeckelt und an die Arbeitnehmer ausgezahlt werden. Die Gesundheitsprämie soll für alle in gleicher Höhe festgesetzt werden, wobei Kinder für die Eltern weiterhin beitragsfrei mitversichert bleiben sollen. Für Versicherte mit niedrigem Gesamteinkommen ist ein sozialer Ausgleich vorgesehen. Dieser Ausgleich soll automatisch zwischen Finanzamt und Krankenversicherung auf der Grundlage des jeweils gültigen Einkommensteuerbescheids und ohne Vermögensanrechnung erfolgen. Um die Sozialverträglichkeit bei der Umstellung zu garantieren, soll sichergestellt werden, dass in einer Übergangsphase von 4 Jahren kein Versicherter durch die Prämie effektiv höher belastet wird, als es unmittelbar vor der Umstellung der Fall war. Für die sich an die Übergangsphase anschließende Zeit soll schließlich gesetzlich festgelegt werden, dass die Gesamtprämienbelastung eines Haushalts die Grenze von 15 Prozent des Bruttogesamthaushaltseinkommens nicht übersteigt.

Wir Seniorinnen und Senioren begrüßen ausdrücklich diese vom Bundesparteitag beschlossene Entkoppelung der Krankenversicherung von dem Faktor Arbeit. Wir sind mit der Mutterpartei auch der Überzeugung, dass die Einführung einer Gesundheitsprämie der richtige Weg ist, um die gesetzliche Krankenversicherung demographiefest zu machen, und lehnen daher die von Rot-Grün propagierte Bürgerversicherung ab.

Gleichwohl sollte nach unserer Meinung die parteiinterne Diskussion über die Umstellung auf das Gesundheitsprämienmodell noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Insbesondere bedarf die Frage, ob nicht doch die Einführung von risikogerechten Prämien die bessere Lösung wäre, einer weiteren Erörterung. In einem System mit einer Einheitsprämie subventionieren dem Einkommen nach "arme", aber gesunde Versicherte die "reichen" kranken Versicherten, obwohl es doch eigentlich das Ziel sein muss, nur "arme" kranke Versicherte zu subventionieren. Der Geschäftsführende Direktor des Sozial-Ökonomischen Instituts der Universität Zürich hat erst Mitte Februar 2004 darauf hingewiesen, dass es zwar schwierig, auch kostspielig, aber durchaus möglich sei, Prämien in großer Zahl risikogerecht zu kalkulieren. Er hält die Einführung von Einheitsprämien in die gesetzliche Krankenversicherung aus dem vorstehend angeführten Grund für nicht empfehlenswert. Die Schweiz hat große Erfahrungen mit der Gesundheitsprämie. Wir sollten diese Erfahrungen sehr sorgfältig prüfen. In der Senioren Union Schleswig-Holstein halten wir uns allerdings für überfordert, diesen Überlegungen weiter nachzugehen. Daher bitten wir den Bundesvorstand der CDU dringlich, sich mit dem Problem "Einheitsprämie oder risikogerechte Prämie" nochmal gründlich und unter Heranziehung von externen Experten zu befassen.

Auch haben wir Zweifel, ob die bislang als Grenze vorgesehene Gesamtprämienbelastung von 15 Prozent Bruttogesamthaushaltseinkommens sozialpolitisch noch als zumutbar hingenommen werden kann. Die Antwort auf diese Frage wird insbesondere davon abhängen, ob und in welchem Umfang die Zuzahlungen für Medikamente steigen und die Einschränkungen im Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen zunehmen. Damit ist zugleich ein nach unserer Meinung besonders wichtiger Punkt berührt, der für alle Einzelmaßnahmen bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme mehr als bisher beachtet werden muss: Es sind nämlich die Mehrfachbelastungen, die den Bürger überfordern. 15 Prozent von einem kleinen Monatseinkommen führen zwangsläufig zu größeren Einschränkungen in der Lebensführung als 15 Prozent von einem größeren Monatseinkommen! Es mehren sich in unserer Vereinigung die Vorwürfe, dass diejenigen, die über die Belastungsgrenzen entscheiden, sich wohl nicht vorstellen

können, wie es in den Haushalten mit geringem Einkommen aussieht. Diese Vorwürfe mögen unbegründet sein, sind aber ein Warnsignal, das nicht überhört werden sollte.

Im Übrigen halten wir die beschlossene 15%-Grenze für eine verfrühte Festlegung. Bindende Festlegungen, die dann doch - möglicherweise schon bald, spätestens aber im Gesetzgebungsverfahren nach der 2006 hoffentlich gewonnenen Bundestagswahl korrigiert werden müssen - sollten vermieden werden. Sie sind nicht geeignet, das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zu gewinnen.

Da die Union bei der Gesundheitsreform sich für einen grundlegenden Systemwechsel entschieden hat, tragen die ab Anfang des Jahres wirksam gewordenen Mehrbelastungen wenigstens teilweise den Charakter von Übergangsregelungen. Wir sind der Auffassung, dass insbesondere die ältere Generation durch diese Mehrbelastungen sozial ungerecht behandelt wird.

Das betrifft in erster Linie die chronisch kranken Seniorinnen und Senioren mit kleinen Renten. Wir sehen es überhaupt nicht ein, dass die zu diesem Personenkreis gehörenden Kranken schlechter gestellt werden als diejenigen Frauen, die Antibabypillen einnehmen. Diese Frauen erhalten jetzt Folgerezepte mit einer Dauer von 6 Monaten. Sie brauchen also nur zweimal im Jahr die Praxisgebühr zu bezahlen. Demgegenüber müssen die chronisch kranken älteren Menschen mit kleinen Renten viermal im Jahr die Praxisgebühr bezahlen. Die Belastungsgrenze von 1% der Jahreseinkünfte bei chronisch kranken Rentnerinnen und Rentnern mit nur kleinen Renten halten wir für völlig unzureichend: 1% von einer kleinen Rente bedeutet auch in diesem Zusammenhang eine erheblich größere Einschränkung im täglichen Leben als 1% von einer größeren Rente. Wir fordern daher die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, mit einer parlamentarischen Initiative den Versuch zu unternehmen, die Rentnerinnen und Rentner mit kleinen Renten von der Praxisgebühr völlig freizustellen oder sie zumindest nur so zu belasten wie die Frauen, welche die Antibabypille einnehmen.

Ganz grundsätzlich gilt: Ältere Menschen sind durchschnittlich häufiger, ernsthafter und auch länger krank als junge Menschen. Sie benötigen eine intensivere ärztliche Behandlung. Sie brauchen mehr und oft auch teurere Medikamente. Sie sind auf Stärkungs- und Aufbaumittel angewiesen. Sie müssen vorsorglich Präparate zur Kräftigung ihres Immunsystems einnehmen. Diese Fakten sind nach unserer Meinung nicht ausreichend berücksichtigt worden. Wir haben wenig Verständnis dafür, dass der Verhandlungsführer der CDU/CSU-Bundesfraktion Horst Seehofer bei den Konsensverhandlungen mit der Gesundheitsministerin Ulla Schmidt von sich aus die Einführung der Praxisgebühr vorgeschlagen hat. Wir erinnern uns noch deutlich, dass Horst Seehofer als Gesundheitsminister in der von Helmut Kohl geführten Bundesregierung bei seinem Versuch, die Ärzte zu einem kostenbewussteren Verhalten bei der Verschreibung von Medikamenten anzuhalten, gescheitert ist. Es mehren sich jetzt bei den Angehörigen der älteren Generation die Stimmen, die der Ansicht sind, Horst Seehofer sei nun den bequemeren Weg gegangen, den Patienten weitere Belastungen aufzubürden. Wir wollen uns diesem Vorwurf nicht anschließen und vertrauen noch auf seine vor kurzem abgegebene Erklärung, die Union sei mit der Umsetzung der Gesundheitsreform durch Rot-Grün nicht einverstanden und werde im Sommer prüfen, ob sie den Konsens mit der Regierung aufkündigen müsse. Deswegen legen wir auch heute noch keine spezifizierten Forderungen zur Absenkung der Belastung vor. Aber wir erklären in aller Deutlichkeit: Die allgemeine Praxisgebühr, die hohen Zuzahlungen bei den Medikamenten, die jetzt in ihrem ganzen Umfang deutlich werdenden Einschränkungen im Leistungskatalog der Krankenkassen stellen insgesamt eine Mehrfachbelastung der Seniorinnen und Senioren dar, die wir nicht hinnehmen können. Wir erhalten vermehrt Hinweise von Ärzten, dass eine nicht mehr zu vernachlässigende Zahl von älteren Patienten, die regelmäßig bestimmte Medikamente einnehmen müssen, dazu übergehen, lediglich aus Kostengründen die Einnahme von Arzneimitteln zu strecken. Diese Informationen erfüllen uns mit großer Sorge.

1.2 Rentenpolitik

In der Rentenpolitik begrüßen wir die programmatischen Entscheidungen, die der Bundesparteitag im Dezember 2003 getroffen hat. Sobald das von Angela Merkel angekündigte "klare Konzept zur Rentenpolitik" vorliegt, werden wir uns mit den Einzelheiten intensiv befassen und sodann unsere Beschlüsse in den Diskussions- und Entscheidungsprozess der CDU-CSU-Bundestagsfraktion einbringen.

Der Bundesparteitag ist in seinem Beschluss zur Rentenpolitik auf die Rentenanpassungsformel nur relativ kurz eingegangen. Wir legen auf diesen Punkt besonderes Gewicht und vertreten zur jährlichen Rentenanpassung folgende Grundposition:

Die angemessene Teilhabe der Rentnerinnen und Rentner an den Einkommenszuwächsen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist für uns unverzichtbar. Als wir im Berufsleben standen, haben wir durch unsere Arbeit und durch unsere Steuern die Infrastruktur geschaffen, die von den Jüngeren nun genutzt wird. Wir haben die Entwicklung in der Forschung und der Technik ein gutes Stück vorangetrieben. Die Jüngeren stehen auch insoweit auf den Schultern der Älteren. Unsere Forderung nach einer angemessenen Teilhabe an den Einkommenszuwächsen der im Berufsleben stehenden Männer und Frauen halten wir daher für völlig gerechtfertigt. Wenn jetzt die jährlichen Rentenanpassungen weiter abgebremst werden sollen, so darf dies nach unserer Meinung nur innerhalb sorgfältig bestimmter Grenzen erfolgen.

Es ist für uns selbstverständlich, dass eine Abbremsung des Rentenanstiegs in dem Umfang erfolgen muss, in dem die noch im Erwerbsleben stehende Bevölkerung aus ihrem Arbeitsverdienst eine private Altersvorsorge betreibt. Jeder weiß aber, dass die private Altersvorsorge bislang nur von einem kleinen Teil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betrieben wird. Nur die tatsächliche Altersvorsorge, nicht die von der Politik als notwendig angesehene Altersvorsorge darf daher in die Rentenanpassungsformel einfließen.

Die Rentnerinnen und Rentner müssen im Interesse des Ausgleichs zwischen Jung und Alt nach unserer Auffassung eine Abbremsung des Rentenanstiegs auch im Hinblick darauf akzeptieren, dass im Alter erfahrungsgemäß die Kosten für den Lebensunterhalt sinken – jedenfalls solange die Menschen gesund sind und keine besondere Ernährung benötigen. Das wissen wir alle aus eigener Erfahrung. Wir sagen aber auch in aller Deutlichkeit: Die einigermaßen sichere Bestimmung des Umfangs dieser Rentenabbremmung ist kaum möglich. Sie kann ganz gewiss nicht nach dem Grundsatz erfolgen: Den Rentnern geht es gut. Sie brauchen nicht mehr so viel. Also holen wir uns das benötigte Geld von ihnen! Wer so vorgeht, missachtet die völlig unbestrittene Tatsache, dass die ganz überwiegende Zahl der Rentnerinnen und Rentner von sehr kleinen Renten leben muss. Wenn unter diesem Gesichtspunkt eine Abbremsung bei der Rentenerhöhung erfolgen soll, muss auf jeden Fall eine weitere soziale Komponente in die Rentenformel eingefügt werden.

Wir halten es aber für nicht hinnehmbar, die Rentenanpassungsformel im Wesentlichen nur als ein auf Dauer angelegtes haushalts- und finanzpolitisches Steuerungselement einzusetzen. Das ist jedenfalls für die jetzigen Rentnerinnen und Rentner und auch für die in Kürze in Rente gehenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer völlig inakzeptabel. Sie haben darauf vertraut und durften auch darauf vertrauen, dass sie von ihrer Rente einschließlich des jährlichen Rentenanstiegs im Alter sorgenfrei leben könnten. Dieses Vertrauen muss geschützt werden. Gerade die Union hat mit ihrem früheren Versprechen "die Renten sind sicher" die jetzigen Rentnerinnen und Rentner, aber auch die in Kürze in Rente gehenden Menschen mehr oder minder davon abgehalten, sich um eine ergänzende private Altersvorsorge zu bemühen. Sie ist nach unserer Auffassung verpflichtet, hieraus die notwendige politische Konsequenz zu ziehen.

Mit zunehmender Sorge weisen wir außerdem auf folgendes hin. Unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, und zwar vornehmlich unter den jüngeren Menschen, breitet sich eine Meinung aus, die im Kern mit dem nachstehenden Satz umschrieben werden kann: "Was auch immer in der Rentenpolitik entschieden wird, für uns bleibt, wenn wir in Rente gehen, sowieso nur weniger als die jetzige Sozialhilfe!" Dieser Satz wird in politischen Erklärungen vielfach abstrakt mit der Formulierung umschrieben, dass die Akzeptanz für die gesetzliche Rente abnehme. Das aber ist eine dürftige Umschreibung für eine Situation, die in Wahrheit voller politischer Brisanz ist. Wir wären alle in der CDU gut beraten, wenn wir unsere Glücksgefühle über die guten Umfragewerte dämpfen und erkennen würden, dass wir solche Vorstellungen und Stimmungen bei der erwerbstätigen Bevölkerung dringend auffangen müssen. Denn sie nähren noch weiter die Verdrossenheit über Politik und Politiker und führen daher zwangsläufig dazu, dass das Vertrauen in die Politiker weiter abnehmen wird.

Wir können solche Vorstellungen und Stimmungen nur auffangen, wenn wir klipp und klar für ein Mindestrentenniveau eintreten, und zwar für ein Mindestrentenniveau, das sich nicht in abstrakten Prozentzahlen auf einen fiktiven Rentner bezieht. Es darf bei der Festlegung dieser Untergrenze auch nicht der Frage ausgewichen werden, was denn geschieht, wenn das Mindestrentenniveau unterschritten wird. Die CDU sollte daher entschlossen den Weg fortsetzen, den sie auf dem letzten Bundesparteitag aufgezeigt hat. Sie hat dort unter Nr. 54 des Beschlusses "Deutschland fair ändern" erklärt, es sei das Ziel der CDU, dass "langjährig Versicherte, die immer vollzeitig beschäftigt waren, eine Rente mindestens 15 Prozent oberhalb der jeweils gültigen Sozialhilfe erhalten, welche bedarfsabhängig und steuerfinanziert ausgestaltet" werden müsse.

Wir ergänzen diesen Parteitagsbeschluss um zwei Forderungen: Es muss festgelegt werden, dass Einkünfte aus der privaten Altersvorsorge und aus Betriebsrenten nicht gegengerechnet werden. Außerdem sollte sichergestellt werden, dass diese Mindestrentengarantie nicht mit einer einfachen Mehrheit im Bundestag aufgehoben werden kann.

Abschließend bitten wir den CDU-Bundesvorstand, die vom letzten Bundesparteitag vertretene Auffassung, eine sachgerechte Reform der Alterssicherung durch einen Wechsel in ein völlig anderes System der sozialen Sicherung könne nicht geleistet werden (vgl. Nr. 47 des Parteitagsbeschlusses), nicht als eine diese Diskussion endgültig abschließende Bewertung zu betrachten. Wir halten es nach wie vor für eine offene Frage, ob nicht auch bei der Rentenreform eine Abkoppelung vom Faktor Arbeit erfolgen muss wie bei der Gesundheitsreform und der Reform der Pflegeversicherung. Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten, die sich insbesondere aus den notwendigen Übergangsregelungen ergeben. Aber es sind Vorschläge und Konzepte vorhanden, die es wert sind, dass ihnen weiter nachgegangen wird. Wir raten daher dem CDU-Bundesvorstand eine besondere Arbeitsgruppe einzusetzen mit dem Auftrag, ohne Zeitdruck die vorhandenen Konzepte noch einmal gründlich auf ihre Umsetzungsmöglichkeiten zu überprüfen. Diese Arbeitsgruppe sollte berechtigt sein, auch Experten außerhalb der Politik hinzuzuziehen.

1.3 Pflegepolitik

In der Pflegepolitik hat der Bundesparteitag im Dezember 2003 ebenfalls die Weichen für einen Systemwechsel gestellt: Auch hier soll das bisherige Umlageverfahren baldmöglichst durch ein Prämiensystem ersetzt werden und damit wie bei der Gesundheitsreform eine Abkoppelung vom Faktor Arbeit erfolgen. Ebenso soll der Arbeitgeberanteil gedeckelt und an die Arbeitnehmer ausgezahlt werden. Auch ein sozialer Ausgleich ist selbstverständlich vorgesehen.

Wir begrüßen diesen geplanten Systemwechsel, weisen aber darauf hin, dass es bei der Reform der Pflegeversicherung schwierig werden wird, den vorgesehenen Ausgleich sozial verträglich zu gestalten. Diese Schwierigkeit beruht nach unserer Meinung darauf, dass eine Prognose über die Entwicklung der Pflegesituation schon angesichts der Aufspaltung zwischen stationärer und

ambulanter Pflege, aber auch im Hinblick auf den allgemein angenommenen Rückgang der Pflege durch Familienangehörige sehr schwierig ist. Davon scheint auch der Bundesparteitag ausgegangen zu sein, wenn er formuliert, dabei müssten "die Erfahrungen mit dem sozialen Ausgleich im Gesundheitssystem genutzt" werden.

Von diesem Systemwechsel abgesehen, hat der Bundesparteitag außerdem beschlossen, die Leistungen der Pflegeversicherung zu dynamisieren und "in bestimmten Bereichen, vor allem zugunsten Demenzkranker, eine Ausweitung der Leistungen eingehend zu prüfen". Dazu sagen wir: Das ist zu wenig! Die Pflegeversicherung ist eingeführt worden, um die auf ambulante oder stationäre Pflege angewiesenen Menschen von der Sozialhilfe unabhängig zu machen. Dieses Ziel ist auch in den ersten Jahren zu einem erheblichen Teil erreicht worden. Die Kosten für Pflegeleistungen sind aber von Jahr zu Jahr angestiegen. Das hat dazu geführt, dass in den letzten Jahren immer mehr Pflegebedürftige, und hier insbesondere die in Pflegeheimen lebenden Menschen, wieder auf die Sozialhilfe angewiesen sind. Wenn die CDU, wie es in dem Parteitagbeschluss formuliert ist, "alle Überlegungen, die auf eine Reform der Pflegeversicherung zu Lasten der Sozialhilfe abzielen, strikt ablehnt" und wenn es, wie ebenfalls formuliert ist, ihr Ziel ist, "ein real konstantes Niveau der Pflegeleistung sicherzustellen und einen steigenden Zuzahlungsbedarf zu Lasten der Pflegebedürftigen, ihrer Angehörigen und der Sozialhilfe zu verhindern", wird unsere Mutterpartei daher nach Übernahme der Regierungsverantwortung in Berlin 2006 eine regelmäßige Dynamisierung der Leistungen aus der Pflegeversicherung einführen müssen. Sonst wird die Pflegeversicherung bleiben, was sie jetzt schon geworden ist: eine Teilkaskoversicherung mit ständig sinkendem Wert.

Der Bundesparteitag hat sich ferner dazu entschieden, die jetzt vorhandene Spreizung zwischen den Leistungen für ambulante und für stationäre Pflege aufwandsneutral abzuflachen mit dem Ziel, "die häusliche Pflege zu stärken und das Engagement der pflegenden Angehörigen besser zu würdigen". Wir begrüßen ausdrücklich diese Entscheidung.

Wir vermissen aber in dem Beschluss des Bundesparteitages zur Reform der Pflegeversicherung Aussagen zu zwei Problemfeldern, die nach unserer Bewertung von herausragender Bedeutung sind:

Erstens: Jede Reform der Pflegeversicherung baut auf Sand, zumindest im Hinblick auf die stationären Pflegeeinrichtungen, wenn diejenigen, welche die Reform entwerfen, nicht sicher wissen, wieviel Pflegekräfte für eine sachgerechte Pflege tatsächlich benötigt werden. Die in der Regierungsverantwortung stehenden Politiker sowohl im Bund als auch in den Ländern könnten sich jedoch relativ schnell einen sicheren Überblick über die in den Pflegeheimen tatsächlich benötigten Pflegekräften verschaffen. Denn es gibt hierzu ein wissenschaftlich fundiertes und in Modellversuchen bewährtes Verfahren. Dieses Verfahren führt die abgekürzte Bezeichnung PLAISIR, ist in Kanada entwickelt und wurde bereits in Teilen der Schweiz eingeführt. Es ist auch in Schleswig-Holstein in einem Modellversuch im Kreis Segeberg erfolgreich getestet worden. In unserem Land hat die Auswertung einen Mehrbedarf an Pflegekräften von etwa 15 % ergeben, wobei deutsche Pflegestandards zugrunde gelegt worden sind. In der Fachwelt rechnet man übereinstimmend mit einem generellen Mehrbedarf von 10 bis 20 Prozent. Es liegt auf der Hand, weswegen die Politik davor zurückzuckt, das Verfahren PLAISIR in allen Bundesländern zur Ermittlung des tatsächlichen Bedarfs an Pflegekräften in den stationären Einrichtungen einzusetzen und die gewonnenen Ergebnisse in unser System zu implementieren. Es sind die hohen Kosten, vor denen die verantwortlichen Minister zurückweichen. Diese Vogel-Strauss-Politik muss aber beendet werden. Wir fordern unsere Mutterpartei daher auf, auf dem nächsten Bundesparteitag wenigstens einen Grundsatzbeschluss zur Einführung von PLAISIR zu fassen.

Zweitens: die Kosten für die Pflege werden weiter erheblich steigen, wenn es nicht gelingt, den Zuzug in die Pflegeheime wirkungsvoll abzubremsen. Darüber besteht in der Fachwelt völlige

Einigkeit. Wir bedauern, dass der Beschluss des Bundesparteitages zur Reform der Pflegeversicherung hierzu keine Aussage enthält. Der Modellversuch zum Verfahren PLAISIR in Schleswig-Holstein hat ergeben: rund 30 % der in den Pflegeheimen des Kreises Segeberg lebenden Menschen hätten genau so gut auch durch ambulante Dienste gepflegt werden können. Die stationäre Pflege kostet aus einer ganzen Reihe von Gründen wesentlich mehr als die ambulante Pflege. Hier liegt also ein großes Einsparungspotential, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass bei dem ungebremsen weiteren Zuzug in die stationären Einrichtungen zukünftig Jahr für Jahr neue Pflegeheime gebaut werden müssen.

Wir werden dieses wichtige Ziel in der Pflegepolitik aber nur erreichen, wenn wir bundesweit neue Wohnformen als Alternativen zu Heimen entwickeln, die vorhandenen technischen Hilfen für ein eigenständiges Wohnen im Alter wesentlich gezielter als bisher bekannt machen und auch den altersgerechten Umbau von Wohnungen fördern. Wir raten der Bundespartei dringend, für diese Aufgabe eine Arbeitsgruppe einzurichten, die dem Bundesvorstand ein differenziertes Konzept für den nächsten Bundesparteitag vorlegen sollte.

2. Die Kenntnisse und Erfahrungen der älteren Generation in alle wichtigen politischen Entscheidungsprozesse einbringen:

2.1. Europapolitik

Wir Älteren waren es, die nach dem 2. Weltkrieg die politische Vision eines friedlichen, geeinten, freiheitlichen und starken Europas hatten. Jetzt sehen wir, dass die Europapolitik sich mehr und mehr in einem Kampf um Subventionen erschöpft, dass wir bei der Erweiterung der EU in der Gefahr sind, das vernünftige Maß zu verlieren und dass wir es versäumt haben, uns rechtzeitig eine europäische Verfassung zu geben, die den berechtigten Interessen aller EU-Länder gerecht wird und einen stabilen Rahmen für die weitere Entwicklung in Europa sicher stellt.

Wir wissen selbstverständlich, dass jede Strukturpolitik in Europa notwendigerweise mit Auseinandersetzungen über die Zuweisung von Geldmitteln verbunden ist. Aber Europa hat nicht nur mit der gerechten Verteilung von Fördermitteln etwas zu tun. Wir brauchen eine deutliche Stärkung des europäischen Zusammengehörigkeitsgefühls. Städtefreundschaften und Jugendaustausch reichen nicht aus. Nötig ist nach unserer Auffassung eine breite und intensive Diskussion darüber, wie der europäische Gemeinschaftsgedanke auch in den Herzen der älteren Generation gestärkt werden kann. In diesem Zusammenhang halten wir auch ehrenamtliche Initiativen, die gerade von den Seniorinnen und Senioren betrieben oder unterstützt werden, über die früheren Grenzen hinweg für dringend notwendig.

Die Erweiterung der EU hat in den letzten Jahren einen Automatismus angenommen, bei dem die wirtschaftlichen Möglichkeiten und die kulturellen Gegebenheiten nicht mehr ausreichend berücksichtigt worden sind. Das Europa unserer Vorstellung ist ein Europa, in dem jedermann an jedem Ort arbeiten und leben kann. Wenn jetzt angesichts der EU-Osterweiterung in einzelnen EU-Ländern Sperren gegen den erweiterten Zustrom von billigen Arbeitskräften aus dem Osten als notwendig angesehen werden, zeigt bereits dieser Umstand, dass die Komplexität der Erweiterung nicht ausreichend durchdacht worden ist. Wir Seniorinnen und Senioren haben schon im Hinblick auf die Reform der sozialen Sicherungssysteme ein unmittelbar wirtschaftliches Interesse daran, dass Arbeitnehmer aus den neuen EU-Ländern nicht die deutschen Arbeitnehmer aus ihren Arbeitsplätzen verdrängen. Wir befürchten, dass die jetzige Bundesregierung nicht die politische Kraft aufbringen wird, dieser Entwicklung auf Dauer wirksam zu begegnen.

Wir fordern die Bundesregierung und die deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf, sich energischer als bisher für die baldige Verabschiedung einer europäischen Verfassung einzusetzen. Unsere politische Erfahrung sagt uns, dass ein weiteres Hinausschieben

unverantwortlich ist und dass das Ausklammern von strittigen Fragen keine sichere Grundlage für ein gedeihliches Zusammenwirken in Europa abgeben wird.

Wir erwarten in diesem Zusammenhang auch, dass die europäische Kommission ihre überall erkennbaren Bestrebungen zur weiteren zentralistischen Ausweitung ihrer Kompetenzen aufgibt. Nicht alles muss auf europäischer Ebene und für alle EU-Länder in gleicher Weise entschieden werden. Wir beklagen ausdrücklich die von der Europäischen Kommission ausgehende Bürokratisierung und bitten unsere Europaabgeordneten, alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, um unnötige Regulierungen zu vermeiden und bürokratische Hemmnisse abzubauen. Wir Älteren haben uns in unserem Berufsleben über Jahrzehnte mit einer ausufernden Bürokratie abplagen müssen und wissen daher genau, dass die Verwaltungsbürokratie nicht nur kostspielig ist, sondern auch jede Initiative lähmt.

2.2 Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird in allen Gruppen unserer Gesellschaft als eine vorrangige Aufgabe angesehen. Auch die Senioren Union vertritt diese Ansicht. Jeder weiß, dass die Zahl der Arbeitslosen nur dann spürbar abnehmen wird, wenn das Wirtschaftswachstum wieder nachhaltig zunehmen wird. Wir Älteren haben erlebt, wie die deutsche Wirtschaft über die nationalen Grenzen hinausgewachsen ist, zunächst zu einem integrierten Teil der europäischen Wirtschaft geworden ist und dann mehr oder minder in der globalisierten Wirtschaft aufgegangen ist. Die Möglichkeiten einer nationalen Gestaltung der Wirtschaftspolitik sind dabei immer kleiner geworden. Aber sie sind immer noch vorhanden. Wir müssen aber feststellen, dass diese Chancen nicht entschlossen genutzt werden. Das liegt nach unserer Meinung vornehmlich daran, dass die SPD sich nicht von ihrer jahrzehntelangen und historisch begründeten Bindung an die Gewerkschaften freimachen kann. Die personelle Verzahnung zwischen der SPD und der Gewerkschaftsführung ist eng, der ideologische Kitt zwischen beiden dauerhaft und ihr Bild vom freien Unternehmer rückständig. Aus diesem Grunde ist die rot-grüne Bundesregierung nicht bereit, den Unternehmern denjenigen Handlungsraum einzuräumen, den sie zur Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte benötigen.

Aber auch in der Union hat sich in den letzten Jahrzehnten eine nicht zu unterschätzende wirtschaftspolitische Erstarrung ausgebreitet. Sie ist nach unserer Bewertung mit dem geistigen Erbe von Ludwig Erhard nicht sorgsam genug umgegangen. Wir haben uns auf seinen Lorbeeren zu lange ausgeruht. Wir waren in den Jahren, als es uns wirtschaftlich gut ging, zu satt und zu träge, um uns gegen die schleichende "Sozialdemokratisierung" unserer Sozialpolitik zu wehren. Ludwig Erhard wollte etwas ganz anderes: Er wollte das freie Unternehmertum fördern. Nur die kapitalistischen Auswüchse sollten immer wieder mit Entschlossenheit zurückgeschnitten werden. "Wohlstand für Alle" bedeutete für ihn in erster Linie: Die Arbeitnehmer sollten über genügend Geldmittel verfügen, auch für ihre Zukunft vorsorgen zu können. Wer aber dazu nicht in der Lage sein würde, dem sollte der Staat helfen. Und deswegen unterstützen wir unsere Bundesvorsitzende Angela Merkel in ihrer Forderung nach einer "Neuen Sozialen Marktwirtschaft". Wir müssen zwar nicht den Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft ändern, wohl aber bestimmte Einzelentscheidungen aus der frühen Zeit unserer Republik den Gegebenheiten von heute, soweit diese von uns nicht mehr zu ändern sind, anpassen.

Dazu gehören nach unserer Meinung insbesondere Änderungen im Tarifrecht. Wir meinen sogar, dass die Tarifautonomie im Ganzen vertieft diskutiert und ihre Grenze neu festgelegt werden muss. Die diesjährige Lohnrunde in der Metallindustrie ist dafür ein kennzeichnendes Beispiel: Die Gewerkschaften stellen überzogene Forderungen und beginnen mit sich ausweitenden Warnstreiks. Die Arbeitgeber geben nach, weil sie unkalkulierbare Einbußen insbesondere im Exportgeschäft befürchten. Sie stimmen einem Tarifabschluss zu, der bei einer kritischen wirtschaftlichen Betrachtung zu hoch ist. Der Bundeskanzler und auch die Tarifparteien reden anschließend das

Ergebnis schön. Was die Folge sein wird, liegt auf der Hand: Es werden bei uns Arbeitsplätze abgebaut und zumindest Teile der Produktion in ein Billiglohnland ausgelagert. Das sind die sich immer wiederholenden Erfahrungen der letzten Jahre.

Es ist unsere, wie wir meinen wohlbegründete Ansicht: Das jetzige "Lohnkartell" muss angesichts der Europäisierung und Globalisierung der Wirtschaft aufgebrochen werden. Es ist nicht mehr zeitgemäß. Die Verantwortung für Lohnabschlüsse muss in einem viel größeren Umfang als bisher, und zwar in einem rechtlich geordneten Rahmen in die Hand der einzelnen Unternehmer und ihrer Betriebsangehörigen gelegt werden. Die Gewerkschaften sollten sich darauf beschränken, mit rechtlich genau bestimmten Instrumenten gegen soziale Missbräuche dieser Vertragsfreiheit vorzugehen. Nur so können in wirtschaftlich schwieriger Zeit bestehende Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden.

Wir wissen sehr gut, dass die in unserer Partei tätigen Spitzenpolitiker einer Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften über diese Frage gerne aus dem Weg gehen würden. Aber diese Auseinandersetzung lässt sich auf Dauer sowieso nicht verhindern.

2.3 Familienpolitik

Wer die Leistungen der unionsgeführten Bundesregierungen für die Familie auflistet, erkennt, dass die Union in den zurückliegenden Jahrzehnten viel Geld zur Unterstützung von Familien mit Kindern aufgewendet hat. Gleichwohl gebietet es die Wahrheit, festzustellen, dass es auch unter den CDU/CSU-geführten Bundesregierungen nicht zu dem umfassenden Familienlastenausgleich gekommen ist, der von den Familienpolitikern der Union immer wieder eingefordert worden ist. Wir Älteren erinnern uns noch gut an die Zeiten, in denen namhafte Politiker der Union erklärt haben, Kinder seien für die Familien ein so hohes Glück, dass sie gewisse finanzielle Einschränkungen auf sich nehmen müssten und dass sie hierzu auch bereit seien. Dieses Argument traf nach unserer Bewertung auch schon damals nur für Ehepaare mit einem höheren Familieneinkommen zu.

Wir sagen es auch an dieser Stelle in aller Offenheit: Die Folgen der demografischen Entwicklung waren auch seinerzeit schon vorhersehbar, sie sind jedoch nicht ausreichend beachtet worden. Dazu kommt, dass in den zurückliegenden Jahrzehnten bei vielen Unionspolitikern eine große Scheu davor bestand, mit einem deutlich bevölkerungspolitischen Argument für einen umfassenden Familienlastenausgleich einzutreten. Wenn damals einzelne Politiker der Union bevölkerungspolitisch argumentierten, wurden sie sofort von den linken Multikultis als verkappte Nazis diffamiert. Jetzt aber, wo auch die im mittleren Alter stehenden führenden Unionspolitiker frei und offen das bevölkerungspolitische Argument einsetzen könnten, fehlt es uns an Geld, das Notwendige in der Familienpolitik zu tun.

Wir können selbstverständlich jetzt den Eltern, die schon Kinder haben oder Kinder gerne hätten, nichts versprechen, was wir nicht halten können. Aber der Bundeshaushalt darf nicht zum Horizont unserer Familienpolitik werden. Und wir sollten uns diesem Ziel in den nächsten Jahren nicht mit kümmerlichen Trippelschritten nähern, sondern unsere Schritte so bemessen, dass die jüngeren Frauen und Männer erkennen, wie ernst es uns ist, die Familien mit Kindern wirkungsvoller als bisher zu unterstützen. Die Palette dieser Unterstützung ist groß. Sie reicht von regelmäßigen Geldzuweisungen über ausreichende Steuererleichterungen hin zu einer Fülle von einzelnen Maßnahmen, mit denen jungen Familien mit Kindern geholfen werden kann, wirtschaftlich angemessen leben zu können. Hierzu gehören auch unterschiedliche Formen von Betreuungseinrichtungen sowohl in Kindergärten als auch in Schulen. Wir wollen ferner, dass alle Mütter in Zukunft Beruf und Familie miteinander vereinbaren können. Für diesen ganzen Bereich ist nicht nur die Bundespolitik, sondern auch die Landespolitik in der Pflicht.

Wir Angehörigen der älteren Generation helfen auch in wirtschaftlicher Hinsicht unseren Kindern und Enkeln, wo immer wir es können. Wir sind auch zu einer allgemeinen Unterstützung von Familien mit Kindern bereit. Nur wollen wir nicht, dass dieses Geld dazu verwandt wird, Haushaltslöcher zu stopfen. Wir bitten die Finanz- und Haushaltspolitiker der Union, ernsthaft darüber nachzudenken, ob und wie man sicherstellen kann, dass für die wirtschaftliche Unterstützung von Familien mit Kindern bestimmte Beiträge, die von allen Bürgerinnen und Bürgern zu leisten sind, auch nur für diesen Zweck, und zwar nachweisbar, ausgegeben werden. Wir wissen, dass hiermit finanzpolitisches Neuland betreten wird. Aber wir meinen, dass die Politik in finanzpolitisch schwierigen Zeiten auch solche neuen Wege ernsthaft bedenken und, wenn möglich, gehen sollte.

2.4 Bildungspolitik

Auch wir Seniorinnen und Senioren halten die Bildungspolitik für besonders wichtig. Sie entscheidet über die Lebenschancen der jüngeren Generation. Als unsere Kinder zur Schule gingen haben wir miterlebt, wie die Schule zu einem Experimentierfeld für sozialistische Politik wurde. Wir haben während unseres Berufslebens auch festgestellt, dass bei den Schulabgängern die Kenntnisse in den grundlegenden Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen immer weiter abnahmen. Wir haben in der Vergangenheit oft genug, aber meistens vergeblich, eine wirksamere Schulaufsicht eingefordert. Wir wollen, dass nach der Übernahme der Regierungsverantwortung in Schleswig-Holstein durch die CDU die Schulpolitik endlich wieder in vernünftige Bahnen gelenkt wird. Schule muss sich nach unserer Meinung am Leistungsprinzip orientieren. Schule soll fordern, aber auch fördern. Wer von der Hauptschule oder von der Realschule abgeht, muss ausreichend lesen, schreiben und rechnen können und über solide Grundkenntnisse in Englisch verfügen. Wer mit dem Abitur vom Gymnasium abgeht, muss wieder studierfähig sein und Englisch in Wort und Schrift beherrschen.

Neben den von uns geforderten Kenntnissen muss die Schule auch einen Erziehungsbeitrag leisten. Sie soll und kann die Erziehung durch die Eltern nicht ersetzen. Aber die Schule kann und soll nach unserer Meinung wesentlich mehr als bisher nicht nur die oft beschworene Fähigkeit zur Teamarbeit, sondern auch Fleiß, Genauigkeit und Pünktlichkeit fördern. Wer dies nicht einsehen will, versündigt sich an der Jugend!

Der Unterricht in den Schulen muss so differenziert wie möglich erfolgen. Schon deswegen halten wir das dreigliedrige Schulsystem für geeigneter als die Gesamtschule. Allerdings sollten für gute Schüler bessere Übergangsmöglichkeiten von der Hauptschule zur Realschule und von der Realschule zum Gymnasium geschaffen werden.

Bis die allgemeine Studierfähigkeit der Abiturienten wiederhergestellt ist, sollten Universitäten und Fachhochschulen selbst entscheiden können, wen sie aufnehmen wollen. Auch sprechen wir uns für die Einführung von Studiengebühren aus. Besonders tüchtige Studenten sollten Stipendien erhalten. Wer aus sozialen Gründen keine Studiengebühren bezahlen kann, dem sollten – wenn er den Nachweis eines ernsthaft betriebenen Studiums führt – Hilfsangebote gemacht werden. Spezifizierte Vorschläge hierzu wollen wir nicht machen.

3. Für die Sachpolitik der CDU bei den Angehörigen der älteren Generation intensiv werben:

Als eine politische Vereinigung der CDU sind wir an die Parteisatzung gebunden. Sie hat uns die Aufgabe übertragen "das Gedankengut der CDU bei der älteren Generation zu vertreten und zu verbreiten". Wir sind also nicht gehalten, jede einzelne Sachentscheidung der CDU, die sie auf den Parteitag, in den Parteivorständen und in den CDU-Fraktionen trifft, kritiklos zu übernehmen und dafür in der Öffentlichkeit zu werben. Unsere Pflicht, "das Gedankengut der CDU zu vertreten

und zu verbreiten" bezieht sich nur auf die grundsätzlichen Entscheidungen der CDU. Die Abgrenzung ist im Einzelfall schwierig und die Abgrenzungskriterien werden unterschiedlich bewertet.

Da unsere Wahlchancen ganz entscheidend davon abhängen, ob die Öffentlichkeit uns als eine politische Kraft wahrnimmt, die nicht in sich zerstritten ist, sondern von einem gemeinsamen Willen getragen wird, sind auch die Vereinigungen gut beraten, wenn sie bei unterschiedlichen Auffassungen zwischen ihrer Meinung und Beschlüssen von Parteivorständen und Fraktionen sich zunächst um einen internen Ausgleich bemühen. Wir haben uns in der schleswig-holsteinischen Senioren Union in der Vergangenheit immer strikt an diesen Grundsatz gehalten und wollen uns auch in der Zukunft an diesem Prinzip orientieren. Wir bitten alle Kreisverbände, bei ihren Verlautbarungen dies weiterhin zu beachten. Allerdings wird die Einhaltung dieses Grundsatzes auf Dauer nur möglich sein, wenn die Parteivorstände und die Fraktionen bei ihren Entscheidungsprozessen mehr als bisher die Vereinigungen einbeziehen. Geschieht dies nicht, werden wir in Schwierigkeiten geraten, für die CDU intensiv und wirkungsvoll zu werben. Auch aus diesem Grund erfüllen uns die Vorgänge bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme mit Sorge.

Von diesen grundsätzlichen Erwägungen abgesehen, müssen wir unsere Werbetätigkeit für die CDU schon im Hinblick auf die vor uns liegende wichtige Landtagswahl intensivieren. Der Vorwahlkampf hat bereits begonnen. Wir werden bis zum Ausgang des Sommers unseren Schwerpunkt darauf legen, unseren Spitzenkandidaten Peter Harry Carstensen noch mehr als bisher bei den Angehörigen der älteren Generation bekannt zu machen. Allen Kreisverbänden der Senioren Union wird hierzu in Kürze ein Aktionskonzept des Landesvorstandes unserer Vereinigung vorgelegt werden.

Die Senioren Union hat bereits auf der Strategietagung am 27./28. Februar in Ahrensburg nachdrücklich darauf hingewiesen, dass im Wahlkampf auch die optisch angemessene Darstellung der Seniorinnen und Senioren als Wählerinnen und Wähler sorgsam bedacht werden muss. Von gleichem Gewicht ist die Ansprache der älteren Generation. Wir werden die weitere Entwicklung sorgfältig beachten und nötigenfalls ergänzende Vorschläge machen. Dass unser Spitzenkandidat Peter Harry Carstensen den CDU-Kreisvorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Landtagsfraktion Klaus Schlie zum Wahlkampfmanager berufen hat, halten wir auch im Hinblick auf die Wünsche, Forderungen und Stimmungen bei den Seniorinnen und Senioren für ein gutes Zeichen.

4. Altersdiskriminierung mit allen zur Verfügung stehenden Kräften bekämpfen:

Der Wunsch nach ewiger Jugend ist ein alter Menschheitstraum. Die Kosmetikindustrie lebt von diesem Verlangen. Die Werbeagenturen wollen damit die Umsätze in der Wirtschaft steigern, die Zeitungen und Zeitschriften ihre Auflagen erhöhen, Rundfunk- und Fernsehanstalten die Einschaltquoten. Das alles sind Bereiche, die zur Kultur und Bildung gehören. Sie sind im Regelfall Privatsache und damit nicht Angelegenheit der Politik.

Die Kehrseite des Jugendkults ist aber die Altersdiskriminierung. Und die Bekämpfung der Altersdiskriminierung ist nun ganz gewiss eine Aufgabe der Politik. Zwar keine Aufgabe, die ausschließlich von der Politik wahrgenommen werden sollte. Denn alle Institutionen, Organisationen und Gruppen unserer Gesellschaft, die für ein Leben der älteren Generation in Würde eintreten, sollten auch nach ihren Möglichkeiten und Kräften jeder Form der offenen oder verdeckten Altersdiskriminierung entgegenzutreten. Aber in einer älter werdenden Gesellschaft muss die Politik sich dieser immer dringlicher werdenden Aufgabe mehr als bisher stellen.

Wir stellen mit einer gewissen Genugtuung fest, dass die Fälle offener Altersdiskriminierung in der letzten Zeit nicht mehr so oft wie früher aufgetreten sind. Dabei geben wir uns aber nicht der Illusion hin, dass dieser Umstand auf einen grundlegenden Anschauungswandel in unserer Gesellschaft zurückzuführen ist. Wir Seniorinnen und Senioren sind kühle Realisten und erblicken den Grund für den Rückgang der Fälle offener Altersdiskriminierung vielmehr darin, dass die Wirtschaft inzwischen gelernt hat, in den Seniorinnen und Senioren eine immer größer werdende Käuferschicht zu sehen, die man im Geschäftsinteresse umwerben muss und daher nicht vor den Kopf stoßen sollte.

Wir sehen aber mit Sorge, dass die verdeckte Altersdiskriminierung sich weiter ausbreitet. Wer aufmerksam und kritisch in den letzten Monaten beobachtet hat, mit welchen allgemeinen Kommentaren und speziellen Bewertungen die angelaufene Reform der sozialen Sicherungssysteme in den Medien begleitet worden ist, hat zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Bereitschaft der älteren Generation, auch einen Beitrag zur Entlastung der Sozialkassen zu leisten - allerdings unter der Voraussetzung einer gerechten, sozial verträglichen Lastenverteilung - in der Darstellung der Medien viel zu kurz gekommen ist. Wir werden nach wie vor zwar nicht mit Worten, aber in der Sache als "die gierigen Alten" diffamiert. Die völlig unangemessenen Mehrfachbelastungen, die der älteren Generation jetzt von der rot-grünen Bundesregierung zugemutet werden, sind auch eine Folge dieser unzulänglichen Berichterstattung in den Medien. Die Bundesregierung glaubt offensichtlich, sie würde in der veröffentlichten Meinung keinen großen Widerstand finden, wenn sie die Grenze der Belastungsfähigkeit bei der älteren Generation weiter testet.

Wir werden jede Form der Altersdiskriminierung mit allen uns zur Verfügung stehenden und rechtlich zulässigen Mitteln bekämpfen. Wir rufen alle Mitglieder der Senioren Union auf, uns hierbei zu unterstützen. Teilen Sie dem Landesvorstand unserer Vereinigung mit, wenn Ihnen Fälle von Altersdiskriminierung bekannt werden! Wir werden die Angelegenheit weiter verfolgen. Schreiben Sie Leserbriefe und sagen Sie uns, wenn Ihr Leserbrief nicht abgedruckt wird! Wir werden dann Ihren Leserbrief als nicht abgedruckt ins Internet stellen.

Schließlich noch ein freundschaftlich gemeintes Wort an Parteifreundinnen und Parteifreunde über 60, die in verantwortlicher Stellung tätig sind oder es waren: Wenn Sie gebeten werden, in die Senioren Union einzutreten, so geschieht dies, weil wir auf Ihre Erfahrungen und Kenntnisse besonderen Wert legen. Sagen Sie dann bitte nicht: "Ich fühle mich noch zu jung für die Senioren Union". Auch dieser und ähnliche Sätze sind kränkend.

5. In allen CDU-Vorständen und in allen CDU-Fraktionen müssen zukünftig mehr Mitglieder der Senioren Union als bisher vertreten sein:

Bei dem parteiinternen Eintreten für die berechtigten Interessen der Seniorinnen und Senioren ist es nicht nur erlaubt, sondern sogar geboten, wahlkampfstrategische Erwägungen einzubeziehen. Hierzu wiederholen wir erneut: Berücksichtigt man ergänzend in welchem Umfang die Angehörigen der älteren Generation von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, so bilden die Seniorinnen und Senioren ein Wählerpotential von 30 %. Damit ist zugleich klar, dass die CDU bei den Angehörigen der älteren Generation nachdrücklich für ihre Ziele und Vorhaben werben muss, wenn sie Wahlen gewinnen will. Diese Notwendigkeit wird noch dadurch verstärkt, dass die CDU bis zur Bundestagswahl 1998 überproportional von den Seniorinnen und Senioren gewählt worden ist, danach jedoch diesen durch Wahlbetrug von Schröder verursachten Einbruch bei den Wählerstimmen der Seniorinnen und Senioren nicht wieder hat ausgleichen können. Keiner in der CDU sollte sich der Illusion hingeben, dass die Ablehnung der rot-grünen Koalition in Berlin auf Dauer wie selbstverständlich der Union zugute kommt. Die Enttäuschung unter den Angehörigen der älteren Generation über den Reformprozess bei den sozialen Sicherungssystemen kann sich

auch schnell zu einer noch weiteren Abkehr von der Politik entwickeln und damit zu einer breiten Wahlenthaltung führen.

Wie auch immer diese Situation in den Einzelheiten zu bewerten sein mag, sicher ist jedenfalls, dass die CDU ihre Wahlkampfanstrengungen im Hinblick auf die Seniorinnen und Senioren ganz erheblich verstärken muss. Hier fällt der Senioren Union eine wichtige und schwierige Aufgabe zu. Diese Aufgabe ist schwierig insbesondere deswegen, weil die Senioren Union bislang weder im Bund noch in den Ländern in die politischen Entscheidungsprozesse ausreichend eingebunden ist. Das aber ist notwendig, wenn die seniorenpolitischen Aspekte der unterschiedlichen Politikfelder bei der internen Arbeit hinreichend berücksichtigt und nach außen überzeugend dargestellt werden sollen.

Im Interesse der Gesamtpartei muss unser Ziel also sein, nachdrücklich darauf hinzuwirken, dass zukünftig in allen CDU-Vorständen und in allen CDU-Fraktionen mehr Mitglieder der Senioren Union als bisher vertreten sind. Wir wissen, dass dieses Ziel nicht von heute auf morgen zu erreichen ist. Für die Zeit des Übergangs fordern wir alle maßgebenden Politiker in unserem CDU-Landesverband auf, ihren Einfluss dahin geltend zu machen, dass von allen Vorständen unserer Partei – dem Landesvorstand, den Kreisvorständen und den Ortsvorständen – zumindest ein von der Senioren Union nominiertes Mitglied unserer Vereinigung kooptiert wird. Diese kooptierten Vorstandsmitglieder sollen insbesondere die immer notwendiger werdende Brückenfunktion zu unserer Vereinigung und zu allen Seniorinnen und Senioren draußen im Lande wahrnehmen.

Was die neue CDU-Landtagsfraktion anlangt, so steht schon jetzt fest, dass ihr kein Vertreter der Senioren Union mehr angehören wird. Auch hier werden wir zu neuen Formen der Zusammenarbeit kommen müssen. Bereits jetzt aber bitten wir alle CDU-Landtagskandidatinnen und CDU-Landtagskandidaten nachdrücklich, in ihrem persönlichen Wahlkampfkonzept eine enge Zusammenarbeit, insbesondere auch in sachpolitischer Hinsicht, mit der Senioren Union vorzusehen.

Wir wollen schließlich in aller Deutlichkeit klarstellen: Die Senioren Union weiß, dass ihre Probleme bei unserem Spitzenkandidaten Peter Harry Carstensen in guten Händen sind. Alle Angehörigen der älteren Generation können ihm als einem aufrechten und sozial denkenden Mann vertrauen.

6. Unser breit gefächertes Angebot von gesellschaftlichen Veranstaltungen erhalten:

Auch wenn wir die Notwendigkeit sehen, dass die Senioren Union zukünftig in ihrer Arbeit politischer werden muss, halten wir daran fest, den gesellschaftlichen Aktivitäten einen breiten Raum einzuräumen. Wir wollen, dass unsere Mitglieder bei unseren Veranstaltungen den Kreis ihrer Bekannten erweitern und Anregungen vielfältiger Art aufnehmen können. Wir begrüßen es, dass die Kreis- und Ortsverbände unserer Vereinigung gemeinsame Reisen veranstalten, interessante Besichtigungen organisieren und zu Vorträgen einladen, die überhaupt nichts mit Politik zu tun haben.

Wir wissen: Wenn man älter wird, nimmt oft die Zahl der Kontakte zu anderen Menschen ab. Wir wollen dieser Entwicklung entgegenwirken und unseren Mitgliedern die Möglichkeit geben, an vielfältigen Unternehmungen teilzunehmen, die Menschen verbinden und auch Freundschaften stiften können. Wer sich unserer Vereinigung anschließt, soll niemals einsam werden.